

18. September 1915.

Sehr verehrter Herr Professor!

Leider sah ich meine Antwort auf Ihren Brief in Ihrer Zusendung etwas verzögert, da ich in diesem Wochen unregelmäßig Briefwechsel mit. beladen mit allerlei Arbeit gewesen bin. Auch meine Antwort ist ohne meine gewohnten Briefbogen in. Bitte wegen unangenehmer Zustände in Kisten Ihre Entschuldigung. Mein Telegraph sah Ihnen schon gesagt, dass ich sofort nach dem ersten Lesen der Druckliste auf drückte. Bestenfalls als informiert werden bin. Diese Entschuldigung sah ich inzwischen mir verzeihen.

Um gewisse unsere geschäftliche Dinge vorweg zu nehmen, so sollten alle früher erwähnten Bestände besonders der Druckliste zügig erhalten. Ich habe das auch schon Unterstaatssekretär bei Ihnen gesagt. Vielleicht vermittelt die drückte Bestände in Berlin die Überwindung. Es ist bedauerlich, dass Ihre Druckliste nicht schon im Verfall vertrieben werden kann, aber allerdings würde das, da die "Kriegszeit" nicht mehr in Deutschland können möglich sein.

In einigen Wochen erscheint von mir ein Brief von ca. 300 Seiten unter dem Titel "Mittelamerika", das die Kriegszeit in meinem Sinne der Welt übergeben ist. Davon hoffentlich auch in Bestenfalls unbenutzt gelesen werden kann. Ich bin glücklich, dass ich in allen Fällen



mit Frau Dunkhwaite genau übereinstimmen. Das trifft
besonders den württembergischen Teil, während ich abstrahiere
in einer öffentlichen Propagandaarbeit wenig von der
Militärkonventionen spreche, da diese ja dort, wenn die ge-
birgen Volk von ungarischen Konzepte der Militärverantwortlichen
vorgestellt werden müßte. Auf hinsichtlich der immensitätsg-
eingarischen Fragen bin ich natürlich zurückhaltender. Ich
würde mich wohl sehr gut hingewandert von Frau Kitz
sine ungar vollständiger Ansicht gab. Frau Dunkhwaite be-
geht werden könnte, bei der das weggelassen werden müßte,
was die dortige Zensur beanstandet. Ich weiß zwar nicht
genau, ob bei diesem Verfahren noch eine ganze Dunkhwaite
übergeben würde; aber das kommt auf den Vergleich an:
der Vergleich zeigt die der Kitz zur Zensurierung an.

Zur Karte selbst:

— pag 31 Karte, daß die Verbindungen der vorgelassen sollen,
sind bestimmten Prozentsatz ihrer männlichen Bevölkerung
für den Waffendienst anzugeben. — Dieser Satz wird
in deutschen Kreise bei der älteren Generation aus
formalpolitischen Gründen Anstöß hervorgehen u. zwar so
wohl bei Republikanern wie bei Katholiken, da auf diese Weise
in den Kampf um Militärverlagerung im 1887 u. 1893
ausgefallen wird. Diese Ausgestaltung ist in Deutschland
nicht aus politischen Gründen nötig wie in Österreich u. Japan:
dort in Ungarn. Das politische = parlamentarische Leben ver-
bindet mit dieser Bestimmung an Zufall. Fortwährend wollte



im vorerwähnten Verfassungsvertrag vom 190
 in Bezug auf die, soviel ich mich entsinne, fast
 ausschließlich aus parlamentarischen Gründen bei
 demselben geblieben. Aber sind wir tatsächlich über das
 hinausgegangen, was damals Litauen festsetzen
 wollte, denn bei ca 66 Mill. Bevölkerung hatten wir
 vor dem Krieg annähernd 800,000 Kräfte für die
 Ostpreußen, Ungarn etc. und den von Litauen angebotenen Ge-
 biet unterhalb der Linie gelassen, denn es hatte bei
 ca 53 Mill. Bevölkerung etwa 425,000 Kräfte.
 Der Erfolg hat gezeigt, dass bei der
 Gründung des 1902. Landes die deutsche Kräfte um
 140,000 Mann mindert, die österr. in der
 um etwa 100,000 ersetzt werden konnten, falls nicht
 weiter für die Maßnahme erlaubt ist. Vom westl. deutschen
 Standpunkt aus ist es für die Wapokraft günstiger, wenn
 sie nicht plötzlich fixiert ist. Aber ich vermute auch, dass ein
 Vertrag über die Begrenzung nach unten unzulässig ist.

— pag 53 freundschaftliche Regelung der Konkurrenz durch
Kartelle oder andere Spezialabläufe erscheint mir außerordentlich
 wichtig zu sein. verdient genau Vorarbeiten, damit die
 Kräfte in. Handelsämtern, die die künftige Wirtschaftsan-
 ordnung zu bearbeiten haben, auf etwas festem
 Boden stehen können als bisher. Ich habe in meinem
 Buch "Mittelmeer" diesen Punkt zwar an russischen
 Stellen in seiner Bedeutung dargestellt, bin aber nicht
 imstande die an dieser Stelle nötige Spezialarbeit zu
 vollziehen, da ich kein Spezialist in industriellen



Kartellangelegenheiten bin in die Dinge besser von
Befahrung: Ungarn aus vielfach hervorzuheben werden können,
weil dort die zu beachtenswerten Kapazitätigkeiten
liegen. Es würde nötig sein

a. den Grad der in diplomatischen Kartellverträgen in
den beteiligten Ländern festzustellen in. mit den Vor-
setzenden in. Charakteren der Wirtschaftsverbindungen unvollständig
über Anwendung in. Ausgleichung der Statuten und
Contingente zu prüfen

b. auf Grund dieser Vorfragen vorübergehenden, welche
Positionen der beteiligten Zolltarife für den inneren Ver-
kehr Mitteleuropas durch Kartellabmachungen über Kongress
in. Conventionalabgaben auf der Materie der Handelsver-
träge ganz oder teilweise ausgleichslos werden können.

c. diese Vorfrage festzustellen, welche Abmachungen über
ausländische Absatzgebiete schon früher Kartellmäßig getroffen
sind, in. welche auf Grundlage der vorhandenen Kartellverträge
denkbar wären.

Der gesamte handelspolitische Stoff, der schon hervorzuheben
oft von den Handelspolitikern durchgeführt ist, bedarf einer
prinzipiellen Vorklärung durch Kartellstudien. Erst
nach dieser Arbeit werden wir wissen, was eine Untersuchung
mit den bisherigen handelspolitischen Methoden zu regeln
möglich bleibt.

Mag 56 ff. Es soll über die für Prüfung hervorgehobenen Gründe
nicht einseitig in. auflos hervorgehoben werden. - Prinzipiel
dort man das nicht tun, weil die Idee der Vorzugszölle die den
beteiligten Handelsländern gegenüber liegen ihren größtmöglichen
Nutzen in der Wirtschaft ausstrahlt. Man muß also abzu



deshalb auch die Gegenstände klar herausarbeiten.
 Das spricht mir in einem Punkte nicht völlig zu-
 liegen zu sein, nämlich hinsichtlich des ungarischen Zu-
saufes von Ungarn in Österreich beim Systeme des Vor-
zugszölle. Der Vorgang ist nach unserer Ansicht folgender:
 Das: Ungarn liefert an Deutschland Holz, Holzprodukte,
 Eisen etc. dgl. unter bestimmten Bedingungen als ob
 aus Deutschland käme. Damit wird in Deutschland niemand
 geschädigt sondern nur der würtliche Produktionswert wird ein-
 bißt gesunken. Als Gegenpart für diese Vorzugsrechte der
 ungarischen Produktion eröffnet man die Doppelmonar-
 chie der deutschen Einfuhrindustri (Austrieker von Deutsch-
 land aus) einen Vorzug, der nicht in der Ausfuhrindustrie
 ausländischer sondern inländischer u. zwar besonders österreichi-
 scher gewerblicher Produktion besteht. Von würtdeutscher
 Handelspolitik aus ist dieser ganze Verlaufes bedenklich, weil
 es die Handelsabmachungen mit Deutschland u. anderen
 Staaten stört, von österreichischer Handelspolitik aus
 aber ist es in noch viel stärkerem Maße gefährlich, denn
 die Einigung ^{mit} ~~mit~~ ^{Österreich} ~~Österreich~~ zöllen kann gar nicht anders
 konstatiert werden als zum Nachteil der österreichischen Handels-
 sachen. Das werden auch die Ungarn zugestehen, sobald sie die
 die Angelegenheit an der Hand der Handelsstatistik über
 den Grenzverkehr zwischen Ungarn u. Österreich klar ma-
 chen, was höchlich längere ungestört geschehen ist. Fast alle
 österreichische u. ungarische Ausfuhr nach Deutschland ist
 (wenn man die nötigen Umrechnungen vollzieht) ungarisch.
 Diese ungarische Ausfuhr verliert gar nicht bei Zollerhöhung,
 daher aber gewinnt die österreichische (u. ungarische) Industrie
 die Möglichkeit hinsichtlich der Einfuhrabmachungen.



pag 62 steht: ein gemeinsames Zollparlament
 würde die von den Regierungen zu leistende Arbeit ver-
 bessern. — Das ist sicherlich richtig, so lange man unter
 einem Zollparlament eine Delegation der versammelten
 politischen Parlamente versteht. Eine solche würde am ehesten
 auf lange Zeiten hinaus für eine Brücke von Zwischenschritten
 aufbauen. Aber anders ist es, wenn von vorn herein
 eine gemeinsame handelspolitische Verwaltungsstelle
 eingerichtet wird, von der die Organisationen der
 Zollverwaltungen (insbesonders die Angestellten u. Arbeiter)
 gutwillig protokolllarisch zu führen sind. Diese wären:
 die mittelmeer-österreichische Verwaltungsstelle, die auf Grund
 von Staatsverträgen ihre eigene Verwaltung u. Verwaltung
 ausüben darf, jedoch notwendig, wenn nicht von vorn
 herein dem mittelmeer-österreichischen Finanzausschuss die zu-
 kämftige Verwaltung führen soll. Dazu kommt, daß bei einer
 25 jährigen Laufzeit die Möglichkeiten der Abänderung im
 Fortschreiten ohne Schwierigkeiten des österreichischen Patentschutzes
 vorgesehen sein müßte.

Auf die Leistungen zur inneren Politik der Monarchie
 im Finanzausschuss einzugehen, enthält ich mich, weil dies
 Ursache ist, daß für den nicht österreichischen Bürgerstand
 es ungewissen bleibt, ob die galizisch-polnischen
 u. galizisch-ukrainischen Gebiete ihre eigene Finanzverwaltung
 in dem Sinne haben sollen, daß alle ihre Autonomie über
 gebenen Maßnahmen auch von ihnen allein bezahlt werden
 müssen. Es ist ein allgemeines mittelmeer-österreichisches Interesse,



Die politischen u. wirthschaftlichen Landtheile so zu konstruieren,
dass nicht von vorn herein ein Künftigenentscheid, der schon
vorhanden ist, durch finanzielle Massregeln auf alle Zeiten
festgelegt wird. Aber das ist ja nur ein kleiner Ausschnitt der
noch nicht formelbildendsten wirthschaftlichen Finanz-
fragen übersehen.

Diese Anmerkungen sollen Ihnen nur zeigen, mit
welcher Aufmerksamkeit ich Ihren gemüthlichen Gedankengangs
genau gefolgt bin. In allem Wichtigsten besorgen wir uns
darauf auf der gleichen Linie.

In vorzüglicher Verehrung verbleibe ich

Ihr

Sein ergebener

F. Naumann.

